

Engagement der Kommunen in der europäischen Flüchtlingskrise:

Mehr als nur ein nationales Thema

Seit mehr als einem Jahr beherrscht die Flüchtlingskrise die politische und gesellschaftliche Diskussion auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene. Sie steht auch unverändert auf den Agenden der Sitzungen der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Als einem Kommunalverband mit europäischer Ausrichtung sieht die deutsche RGRE-Sektion ihre Aufgabe vor allem darin, auf eine europäische Lösung zu drängen und den europäischen und internationalen Austausch von Kommunen zu Fragen der Migration und Integration zu fördern.

Ein Beitrag von
Walter Leitermann

Die Flüchtlingsproblematik ist ein Thema von besonderer Relevanz für die Kommunen. Denn in den Städten, Landkreisen und Gemeinden ist der Handlungsdruck am größten. Vor Ort müssen die Hunderttausenden von Flüchtlingen sowie Migratinnen und Migranten untergebracht, versorgt und integriert werden. Bund und Länder sind gefordert, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen und finanzielle Mittel bereitzustellen. Neben der nationalen Dimension hat das Flüchtlingsthema aber auch eine dezidiert europäische Dimension. Wenn diese nicht zum Tragen kommt, sind die mit den Fluchtbewegungen verbundenen Probleme nicht zu lösen. Einzelne EU-Mitgliedstaaten alleine können es nicht richten – zumindest dann nicht, wenn die Europäische Union in ihrem Selbstverständnis als Rechts-, Werte- und Solidargemeinschaft nicht dauerhaft beschädigt werden soll.

Engagement der Deutschen Sektion des RGRE

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat sich bereits vor einem Jahr im Rahmen ihrer Delegiertenversammlung im Landkreis Karlsruhe in einer [Resolution für eine gesamteuropäische Flüchtlings- und Asyl-](#)



Foto: European Union, 2016 / Yasir Akgül

politik ausgesprochen. Zu den wichtigsten Forderungen gehören die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU sowie die Schaffung von weitgehend einheitlichen Standards für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen. Angemahnt werden zudem eine Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und eine Beseitigung der Fluchtgründe. Auch die Fragestellung einer Kontingentierung als Beitrag zur Bewältigung des Zustroms, allerdings ohne damit das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen, ist Gegenstand der Resolution.

Zudem hat die Deutsche Sektion des RGRE früh darauf gedrängt, dass sich auch die europäischen Kommunen über ihren europäischen Dachverband „Council of European

Die Deutsche Sektion des RGRE fordert eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU sowie die Schaffung von weitgehend einheitlichen Standards für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

Zum Autor:

Walter Leitermann ist stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Municipalities and Regions“ (CEMR) zu Wort melden und der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament darlegen, was sie in der Flüchtlingsfrage von der Europäischen Union erwarten. Dies geschah in einer [Resolution vom Dezember 2015](#) und einem [Positionspapier vom April 2016](#), in denen maßgebliche Inhalte der Resolution der deutschen RGRE-Sektion Eingang fanden. Der CEMR ist damit bisher der einzige europäische Kommunalverband, der zu diesem Thema auf der Brüsseler Bühne die Stimme der Kommunen zu Gehör bringt.

Kommunale Kooperation und Erfahrungsaustausch

Wenn man von der europäischen Dimension der Flüchtlingsproblematik spricht, ist eine den Kommunen dienende europäische Migrations- und Integrationsagenda allerdings nur ein Aspekt. Ein anderer ist die Kooperation und der Erfahrungsaustausch der Kommunen im europäischen oder sogar internationalen Rahmen. Es gibt zahlreiche kommunale Kooperationen im Rahmen von Partnerschaften und Projektpartnerschaften, in denen die Flüchtlingsfrage eine Rolle spielt. Und es gibt Erfahrungsaustausche zu Fragen der Integration im Rahmen europäischer Partnerschaften, die helfen, voneinander zu lernen und Lösungen für Problemlagen zu finden, die bisher vielleicht nicht zum Alltag des Verwaltungshandelns einer Kommune gehörten. Dies ist eine Facette des europäischen Engagements, die bisher kaum wahrgenommen wurde.

In den deutsch-französischen Beziehungen soll der kommunale Austausch zu Fragen der Integration zukünftig Bestandteil des deutsch-französischen Dialogs werden. Dies haben zumindest die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault in ihrem Bericht [„Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“](#), den beide im Auftrag der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten für den Deutsch-Französischen Ministerrat im April 2016 erarbeitet haben, vorgeschlagen. Darin heißt es unter anderem: „Es ist wichtig, dass Deutschland und Frankreich sich über gute Praktiken beraten. Daher gilt es, die lokalen Gebietskörperschaften und Bürgermeister, die staatlichen Verwaltungen, die wirtschaftlichen und sozialen Akteure und auch die Bürger beider Länder zu vernetzen. [...] Integration geschieht vor Ort in den Kommunen. Ihnen kommt bei diesem Thema eine Schlüsselrolle zu.“



Foto: European Union, 2015 / Mario Laporta

Bei Fragen der Migration und Integration sollten europäische Kommunen den Austausch suchen und voneinander lernen

Was dort beispielhaft für die deutsch-französischen kommunalen Beziehungen propagiert wird, gilt natürlich auch für alle anderen Beziehungen, die deutsche Kommunen zu Kommunen in anderen Ländern unterhalten. Nachdem die Deutsche Sektion des RGRE die Ausgabe von „Europa kommunal“ 2/2016 schwerpunktmäßig der europäischen Flüchtlingspolitik aus Sicht der Kommunen und der Frage gewidmet hatte, wie europäische Strukturfonds und Förderprogramme genutzt werden können, um Flüchtlinge vor Ort in den Kommunen zu integrieren, stellen wir in dieser Ausgabe exemplarisch Beispiele von Kooperationen und Erfahrungsaustauschen europäischer Kommunen im Themenbereich Migration und Integration vor. ■

Infos

Resolution der Deutschen Sektion des RGRE für eine gesamteuropäische Flüchtlingspolitik vom 5. Oktober 2015:

http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/resolutionen/Resolution_Fluechtlinge.pdf

Resolution „Für eine gemeinsame europäische Asylpolitik auf allen staatlichen Ebenen“ des CEMR zur Flüchtlingskrise vom 7. Dezember 2015:

http://www.ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_resolution_refugees_final_DE.pdf

Positionspapier „Aufruf zu einer echten gemeinsamen europäischen Asylpolitik“ des CEMR vom 20. April 2016:

http://ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_Call_for_a_real_common_european_asylum_policy_DE.pdf

Bericht „Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“:

http://www.saarland.de/dokumente/res_stk/2016-04-07_Bericht_an_DFMR.pdf